die Gesamtheit der Marine berechtigt ist und seinen Sitz in Wilhelmshaven hat. Er besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Ostsee-, zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseestationen und einem Vertreter des obersten Marinerates der Niederelbe.

Amnestien im Reiche.

Die provisorische Regierung von Sachsen-Weimar erläßt eine Amnestie für Vergehen bis zu zwei Jahren Gefängnis oder 3000 Mark Geldstrafe.

Das Meininger Ministerium verfügte einen weitgehenden Straferlaß, ausgenommen sollen davon nur Lebensmittel- und sonstiger erheblicher Kriegswucher sein.

Eine Amnestie in Form von Niederschlagung der Strafverfahren und Straferlasse wird in der nächsten Zeit für Bayern ergehen.

Zum Waffenstillstand.

Vorläufig keine Milderung.

Alle zurzeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder uns zugesagte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz solcher Vorstellungen und aller bereits zutage getretenen Unzuträglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Waffenstillstandsbedingungen ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen betätigt worden. Deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Die drohende Katastrophe.

Den gegnerischen Regierungen ist durch Vermittelung der schweizerischen und der holländischen Regierung folgende Note übermittelt worden: Mit jedem weiteren Tage der im Waffenstillstand aufgezwungenen übereilten Räumung droht, wenn nicht wirtschaftliche Rücksichten beachtet werden, die Gefahr katastrophaler Wirkungen, nicht nur für Deutschland und insbesondere seine linksrheinischen Gebiete, sondern vor allem auch für Luxemburg. Die deutsche Regierung bittet daher dringend, wirtschaftliche und eisenbahntechnische Sachverständige schleunigst zur Waffenstillstandskommission nach Spa zu entsenden, da sonst wirtschaftliche Schädigungen eintreten könnten, die nachträglich nicht wieder gutzumachen sind. (gez.) Solf, Staatssekretär des Auswärtigen.

Die Abgabe des Eisenbahnmaterials.

Den gegnerischen Regierungen ist durch die Vermittelung der schweizerischen und der holländischen Regierungen folgende Note übermittelt worden: Der deutsche Bevollmächtigte bei der Waffenstillstandskommission in Spa übergab am 16. November folgende Note an die gegnerischen Vertreter: Im Auftrage der deutschen Regierung habe ich auf folgendes nachdrücklichst hinzuweisen: Bei Aufgabe der jetzt besetzten Strecken werden die dort eingesetzten Lokomotiven übergeben. Im ganzen handelt es sich dabei um rund 3000 Lokomotiven. Die Zuführung der übrigen etwa 2000 Lokomotiven würde den Zusammenbruch des deutschen Eisenbahnbetriebes und damit eine schwere Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten. Hungerrevolten mit ihren unausbleiblichen Folgen wären zu erwarten. Außerdem würde infolge Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Durchführung bestimmter Waffenstillstandsbedingungen (z. B. Gefangenenablieferung) unmöglich sein. An Eisenbahnwagen werden voraussichtlich etwa 100 000 Wagen im besetzten Gebiete zurückgelassen werden. Die Zuführung des Restes der Wagen aus Deutschland stößt bei der gegenwärtigen Lage auf Schwierigkeiten, deren Behebung nicht abzusehen ist.

Hierauf erwiderte Marschall Foch durch Funkspruch folgendes: Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention setzt eine Frist von 31 Tagen für die Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150000 Wagen fest. Diese Frist kann nicht geändert werden. Ich stelle anheim, mir Lieferungsstaffeln vorzuschlagen, um die völlige Lieferung in der festgesetzten Frist zu erreichen.

Die deutsche Regierung macht erneut auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam, welche bei strikter Durchführung der Bestimmungen des Artikels 7 der Waffenstillstandskonvention drohen, und bittet dringend, eine Milderung dieser Bestimmungen herbeizuführen. (gez.) Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa meldet, vermehren sich infolge des aufgezwungenen übereilten Rückzuges die Marschschwierigkeiten des deutschen Heeres trotz bisher günstigen Wetters. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfrist einlassen zu wollen. Die Katastrophe, d. h. Auflösung des Heeres, zügelloses Zurückströmen unter Plünderung des Landes, bewaffneter Widerstand gegen den nachrückenden Feind, können jeden Tag eintreten, namentlich wenn schlechtes Wetter kommt.

Keine Besetzung Helgolands?

Eine Besetzung Helgolands wird, so hofft man, nicht mehr in Frage kommen. Die deutschen Schiffe, die nach dem Waffenstillstandsvertrag zu internieren sind, sollten vom 18. ab in Bewegung gesetzt sein. Für den Fall, daß das nicht eintreten würde, sollte die Besetzung Helgolands erfolgen. Die Schiffe haben nun von gestern ab zur Abfahrt bereitgestanden und dürften heute bereits in See gegangen sein.

Abgelehnte Soldatenräte.

Zu den Waffenstillstandsverhandlungen zur See wird gemeldet: Auf eine mündliche Mitteilung des Konteradmirals Meurer, daß an Bord der „Königsberg" sich drei Mitglieder des Soldatenrates der Flotte und der Republik Oldenburg und Ostfriesland befänden, lehnte der englische Admiral Beatty jede Verhandlung mit dieser Abordnung ab, da er nicht autorisiert sei, Mitglieder einer Regierung zu empfangen, die von der englischen Regierung nicht anerkannt sei.

Der Rückmarsch der Truppen.

In vollster Ordnung.

Der Rückmarsch der gewaltigen deutschen Heere vollzieht sich bis jetzt in vollster Ordnung. Die Woge der Frontsoldaten wird sich in den nächsten Tagen über Köln und Frankfurt a. M. ergießen. Nach der „Köln. Ztg." werden zwei große Armeen, die 6. und 17., in Kürze versuchen müssen, im schmalen Raum zwischen Deutz und nördlich Bonn den Weg über den Rhein zu nehmen. Zu jeder Armee gehören nicht weniger als 400 000 Mann, denen sich 140000 bis 150000 Pferde mit unzähligen Wagen und Geschützen anschließen werden. In fünf bis sechs Tagen muß eine ungeheuere Menge von Menschen über den Rhein und die neutrale Zone hinweg in das Innere Deutschlands befördert werden. Am 5. Dezember ist die feindliche Besatzung zu erwarten. Was dann noch an Militär und Militärgut sich hier befindet, wird interniert oder beschlagnahmt.

Die deutschen Verluste im Weltkrieg.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können die „Politischparlamentarischen Nachrichten" die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau angeben. Deutschland hat 1 580 000 Tote zu beklagen. Als vermißt werden 260000 Mann gemeldet, wovon aber ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet worden ist.

Dagegen machte der Vorsitzende des westpreußischen Arbeiterrates in einer großen Versammlung in Danzig folgende Mitteilung: Ueber zwei Millionen deutsche Soldaten sind tot, darunter 60 000 Offiziere, fünf Millionen Soldaten seien verkrüppelt!

Brand der Brüsseler Bahnhöfe.

Aus Antwerpen wird gemeldet, daß es in der Stadt beim Abzuge der Deutschen zu großen Plünderungen durch die einheimische Bevölkerung kam. Nach einer anderen Meldung desselben Blattes stehen in Brüssel der Nordbahnhof und der Zuider-Scheerbeker Bahnhof infolge einer Munitionsexplosion in Brand.

Der Rückmarsch unter roten Fahnen.

Der Rückmarsch der Fronttruppen, der am Freitag in Rheinland-Westfalen einsetzte, nimmt ständig an Umfang zu. Die Frontsoldaten kommen jedoch weniger auf den Bahnlinien an, sondern vorwiegend auf Last- und Personenautomobilen, die ausnahmslos die rote Fahne tragen. Die Heimbeförderung stellt an das ganze Industriegebiet gewaltige Anforderungen, wickelt sich aber im allgemeinen ordnungsgemäß ab. Die Truppen werden überall im Rheinlande festlich empfangen.

Der Reichsleitung in Berlin ist aus Wilhelmshöh (Hauptquartier Hindenburgs) vom 18. Nov. folgendes Telegramm zugegangen: Das Feldheer würde es dankbar begrüßen, wenn es beim Einrücken in die Garnisonen feierlich empfangen würde.

Die Lebensmittelbestände links des Rheins.

Bezüglich der deutschen Militärbestände links des Rheins, namentlich soweit Lebensmittel in Frage kommen, ist folgendes bestimmt worden: Die Lebensmittel stehen in erster Linie den durchmarschierenden Truppen zur Verfügung. Jeder Soldat erhält an Lebensmitteln, soviel er tragen kann, d. h. also Verpflegung für mehrere Tage. Im übrigen soll der Abtransport sämtlicher Militärbestände unter Aufbietung aller Kräfte bis zum Räumungstermin, soweit irgend möglich, durchgeführt werden.

Die Franzosen in Saarbrücken.

Die französischen Truppen sind vorgestern in Saarbrücken eingezogen.

Wilson auf der Friedenskonferenz

Die Bedeutung seiner Anwesenheit.

„Newyork World" schreibt, daß Wilsons Teilnahme an der Friedenskonferenz mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen wird, die Schwierigkeiten der Balkanfragen und der polnischen Frage zu lösen. „New-York Times" hat die Ansichten der wichtigsten Zeitungen über die Teilnahme Wilsons an der Friedenskonferenz eingeholt, wobei sich herausgestellt hat, daß die meisten gegen die persönliche Teilnahme des Präsidenten waren. Die Blätter, die für die Teilnahme sind, weisen darauf hin, daß die Anwesenheit des Präsidenten von großem Einfluß auf die Verhandlungen sein würde. Mit Wilson werden Staatssekretär Lansing, der frühere Staatssekretär Root, Senator Curtis und der Bundes-Oberrichter Brandeis zur Friedenskonferenz eintreffen.

Associated Preß erfährt aus Washington, daß Wilson die Absicht hat, kurz nach Eröffnung des Kongresses am 2. Dezember nach Paris zu gehen. — Das Weiße Haus in Washington teilt mit, daß der Präsident sofort nach Eröffnung des Kongresses nach Frankreich zu reisen beabsichtigt. Es ist unwahrscheinlich, daß er die ganze Konferenz mitmachen wird. Er wird von den Delegierten, welche die Vereinigten Staaten vertreten, begleitet werden. — Nach einer Reutermeldung aus London wird Frau Wilson den Präsidenten auf seiner Reise nach Europa begleiten. Man glaubt, daß Wilson mit Gemahlin außer Paris noch London besuchen wird und vielleicht auch Brüssel und Rom.

Wilsons Dankgebet.

Präsident Wilson hat in einer Proklamation den 28. November zum Dank- und Bettag bestimmt aus Anlaß des Sieges der Alliierten und des bevorstehenden Friedensschlusses.

Kleine politische Meldungen.

Zum Schutze der Ostmark. Geschlossene Formationen unserer Truppen sind nach dem Osten unterwegs, um die von den Polen bedrohten Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen zu schützen.

Elsaß-Lothringen. In einer Rede über Elsaß-Lothringen sagte Präsident Poincaré am Freitag in Paris u. a.: Ich erinnere daran, daß Elsaß-Lothringen infolge seiner geographischen Lage zu Frankreich gehört. Um die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich zu rechtfertigen, genügt der Hinweis auf die jahrhundertelange Dauer gemeinsamen Ruhmes und auf die gemeinsam erlittenen schweren Kriegsjahre. Eine Volksabstimmung würde an der Wucht der Tatsachen nichts ändern können. Es hieße die Gerechtigkeit herausfordern, wollte man die Rückkehr der vergewaltigten Völker zur Freiheit von einer neuen Befragung abhängig machen. Die Rechtsansprüche, die man bei ihnen unterdrückt, bleiben unwandelbar.

Bildung eines Großhamburg. In einer Offiziersversammlung in Hamburg wurde mitgeteilt, die Regierung beabsichtige die Erweiterung Hamburgs zu einem Großhamburg, dessen Grenzen das gesamte Elbdecken umfassen soll. Das setzt also die Einverleibung zahlreicher Gemeinden und bisher preußischer Landesteile voraus.

Das belgische Königspaar ist in Antwerpen angekommen. — Nach vorliegenden Nachrichten beabsichtigen die belgischen Minister, nach Brüssel zurückkehren. Der König wird die Kammer am Freitag eröffnen. Das Ministerium wird unmittelbar darauf seine Entlassung nehmen.

Kein Friedensangebot 1916. In den Berliner Kasernen werden Gerüchte verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Demgegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals erklärt worden ist, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkriege jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

Vereinigung Montenegros mit Serbien. „Slovenski Narod" meldet aus Cettinje, daß die Skupschtina am 19. November zusammentritt, um über die Vereinigung Montenegros mit Serbien und anderen jugoslawischen Gebieten zu beraten.

Die k. und k. Flotte in der Hand der Kroaten. Nach Meldungen aus Agram hat der Kriegsrat in Versailles die Befehlshaber der Verbandsflotte dahin verständigt, daß der Kriegsrat von den im Waffenstillstand getroffenen Abmachungen über die Auslieferung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Flotte Abstand nimmt und anerkennt, daß die Flotte in den Besitz des südslawischen Freistaates übergegangen ist. Den Italienern ist aus diesem Grunde kein Schiff auszuliefern.

Umsturz in der Ukraine. Ein Stockholmer Blatt meldet aus Kiew: Die Stadt Kiew wurde von der ententefreundlichen Astrachaner Freiwilligenarmee eingenommen. Der ukrainische Nationalverband, der alle ukrainischen demokratischen, bürgerliche sowohl wie sozialistische Vereine umfaßt, ist nach Belaja Zerkog geflohen. Dort setzte er ein Direktorium ein, das als Volksregierung der Ukraine bezeichnet wird. In Berlin tritt mit großer Bestimmtheit die Nachricht auf, daß der Hetmann der Ukraine, Skoropadski, gestürzt sei. Wer seine Erbschaft antreten soll, ist noch nicht bekannt. Ein Erlaß des Hetmanns überträgt den Oberbefehl über alle Truppen in der Ukraine dem General Graf Keller und erklärt das gesamte Gebiet der Ukraine als Kriegsschauplatz. Alle Zivilbehörden sind dem Oberbefehlshaber unterstellt. Der Anlaß ist zurückzuführen auf den Vormarsch nationalukrainischer Truppenteile auf Kiew.

Von Stadt und Land.

Aue, 21. November.

Lebensmittel am Freitag: Grieß und Zwieback.

Die Verlustliste der Kgl. Sächs. Armee Nr. 559 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Einbrecher erwischt. Heute früh gegen 4 Uhr wurde hier durch die hiesige Polizei der österreichische Soldat Johann Nadwornack, wohnhaft angebl. in Zwickau, festgenommen. Er war in den Laden Schneeberger Straße 1, eingebrochen, in den er sich durch ein Fenster vom Hofe aus Zutritt verschafft hatte. Fensterladen und Fenster hatte er zertrümmert. Im Laden hatte er sich aus der Kasse 25 M. Geld angeeignet und für 700 M. verschiedene Waren zurechtgelegt, die er in seinem Rucksack fortschleppen wollte. N. wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Gründung eines „Volkskirchenrats". Man schreibt uns: In den letzten Tagen ist ein „Volkskirchenrat" gebildet worden. Er rechnet bei dem allgemeinen Zusammenbruch des bisherigen Systems auch mit der Umwandlung der Landeskirchen. Er ist der Ueberzeugung, daß Religion nicht Schaden leiden wird, möchte aber Religionsgemeinschaft erhalten und fördern — und dazu vor allem auch die vielen sammeln, die das bisherige Kirchentum abgelehnt haben. Für diesen Volkskirchenrat zeichnen vorläufig Prof. D. Rade-Marburg und Pastor Gay-Chemnitz.

Viehzählung am 4. Dezember 1918. Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluß des Bundesrats vierteljährige Viehzählungen vorgenommen, deren Ergebnisse für die Beurteilung sowohl der Fleischversorgung wie der Futtermittelverteilung wichtig und unentbehrlich sind. Die Zählungen erstrecken sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die nächste Zählung hätte am 1. Dezember ds. Js. stattzufinden. Da dieser Tag jedoch ein Sonntag ist, und da ferner durch Bundesratsbeschluß eine allgemeine Volkszählung für Mittwoch, den 4. Dezember dss. Js. angeordnet ist, wurde bestimmt, daß auch die nächste Viehzählung an diesem Tage stattfinden soll. Durch die Zusammenlegung beider Zählungen auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Austeilung und die Wiedereinsammlung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

Entlassungen aus dem Heere. Aus Berlin wird gemeldet. Alle in der Heimat, an ihren Wohnorten oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsscheinen anwesende Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge, ausgenommen die Jahrgänge 1896, 97, 98 und 99, sind bis zum 30. November d. J. aus dem Heeresdienst befehlsmäßig zu entlassen. Sie erwirken sich bei der nächsten militärischen Dienststelle einen Entlassungsschein. Die gesetzlichen Versorgungs- und Entlassungsansprüche dieser befehlsmäßig in ihrem Urlaubsort Entlassenen werden später durch die Bezirkskommandos und Militärämter geregelt. Urlauber, die sich vor dem 30. Nov. bei ihrer Ersatzformation melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen. Urlauber der Jahrgänge 1896, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Ersatzformation, wenn sie ihre Truppenteile nicht erreichen können. — Zu den „Leuten in dem unentbehrlichen Dienst", die auf die Entlassung warten müssen, bis sie ersetzt sind, gehört das gesamte Sanitätspersonal.